

BLICK

im
DNK



Cum-Ex: Die Fakten

Aus dem Untersuchungsausschuss S. 4

KDV: Rege Diskussionen

Anträge von E-Nord erfolgreich S. 6

TERMINE - TERMINE - TERMINE - TERMINE - TERMINE

Vorstandssitzung:

Dienstag, den **4. Oktober** um **19.30 Uhr**, in der Sozialstation Lappenbergsallee 31

Infostand:

Samstag, den **8. Oktober**, ab **10.30 Uhr**, am Wochenmarkt Grundstraße.

Mitgliederversammlung und Stammtisch:

Wegen der Herbstferien findet im Oktober keine Mitgliederversammlung statt. Auch unser Stammtisch fällt im Oktober aus

AG 60plus Eimsbüttel:

Samstag, den **15. Oktober** um **14.00 Uhr**, Klönschnack,

Donnerstag, den **27. Oktober** um **10.00 Uhr**, **Vorstandssitzung** und **Mitgliedertreffen**, jeweils im AWO Seniorenentreef Stellingen, Jugendstraße 11.

Vorankündigung:

Außerordentlicher Landesparteitag der SPD Hamburg am **Freitag, 4. November, 18.00 - 22.00 Uhr** und am **Samstag, 5. November, 9.30 - 16.00 Uhr**, im Bürgerhaus Wilhelmsburg.



Geburtstage:

Einen herzlichen Glückwunsch allen Geburtstagskindern im Oktober 2022, besonders denen ab 60 Jahre:

Angela Lüpkes wird am 3. Oktober 73 Jahre alt

Annegret Ptach wird am 3. Oktober 74 Jahre alt

Volker Esswein wird am 4. Oktober 76 Jahre alt

Burkhard Müller wird am 14. Oktober 73 Jahre alt



*Der Fehlerteufel hatte im September-Blickpunkt dreimal zugeschlagen: Im Artikel 'Niels Annen auf Sommertour' (Seite 5, 2. Absatz) muss es **Bornplatz**-(statt Bornholm-) **Synagoge** heißen; in der Bildunterschrift auf Seite 6 lautet der Name des Vereinsvorsitzenden **Ralf Meiburg** und nicht Klaus Meiburg. - Außerdem auf Seite 2: Der Geburtstag von Elke Kröplien war bereits am **18. September** (nicht am 22. September).*

Die Blickpunkt-Redaktion bedauert diese Fehler und bittet um Entschuldigung!



Service

Bei Interesse an Infos aus Eimsbüttel-Nord bitte mailen an: kontakt@spd-eimsbuettel-nord.de

Infos zur AG 60plus bei Annegret Ptach, Tel. 040 / 851 29 71 oder mobil 0151 23064611

Infos zur Juso-Gruppe Eimsbüttel Nord/Süd bei Simon Schmitz, Tel. 0173 3702503, mail: simon@nomisschmitz.com

Liebe Genoss*innen, liebe Freund*innen der SPD in Eimsbüttel,



der Herbst beginnt, die Tage werden kürzer und die Temperaturen sinken. Der Gaspreisdeckel kommt daher zur rechten Zeit. Endlich konnte sich auch die FDP überwinden und dem Vorbild Spaniens folgen, wo die von der sozialdemokratischen PSOE geführte Regierung bereits ähnliche Maßnahmen im Mai eingeführt hat. Der Gaspreisdeckel wird jedoch nicht ausreichen, um die steigende Inflation aufzuhalten. Auch die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro ab dem 01. Oktober ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Dringend wird eine Nachfolgeregelung des 9-Euro-Tickets benötigt. Die Stadt Berlin macht es gerade vor. Auch die Hamburger SPD wird nicht daran vorbeikommen, sich auf dem anstehenden Landesparteitag Anfang November mit dem Thema auseinanderzusetzen.

Die SPD Eimsbüttel-Nord hat sich bereits auf der Kreisdelegiertenversammlung mit Anträgen für weitere Maßnahmen zum Thema Bewohnerparken und Entlastungen für Alleinerziehende eingesetzt. Wir werden uns auch auf dem Landesparteitag für weitere Sozialmaßnahmen einsetzen und planen mit Ksenia Berkeris, der Fachsprecherin für Soziales in der Hamburger Bürgerschaft eine Veranstaltung zu diesem Thema. Hierzu werden wir euch auf dem Laufenden halten. Auch hoffen wir, dass wir dieses Jahr, erstmalig seit 2019 wieder eine Weihnachtsfeier veranstalten können, bei der nicht nur die Jubilare geehrt werden, sondern wir auch Zeit haben, in gemütlicher Runde miteinander über die große Politik zu diskutieren.

*Mit solidarischen Grüßen
Eure Agata Klaus und euer Gabor Frese, Distriktvorsitzende*

Cum-Ex Untersuchungsausschuss: Die Fakten



Eine Koalition aus CDU und Linkspartei hat einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) „Cum-Ex“ eingesetzt. Für die Unterstellungen und Vorwürfe haben CDU und Linke auch nach Durchsicht tausender Aktenseiten und umfänglicher Zeugenbefragung keine Belege – im Gegenteil.

Kein finanzieller Schaden für Hamburg:

Die Warburg Bank hat alle Cum-Ex-Gelder plus Zinsen zurückgezahlt, sodass Ham-

burg kein finanzieller Schaden entstanden ist. Vielmehr hat die Stadt bei den Cum-Ex-Zahlungen der Warburg Bank ein erhebliches Plus wegen der Hinterziehungszinsen in Höhe von sechs Prozent p. a. gemacht.

Keine politische Einflussnahme:

Nach eineinhalb Jahren Aufklärungsarbeit und Befragung von über 50 Zeug:innen aus unterschiedlichen Abteilungen, Ämtern und Behörden ist festzustellen: Alle Befragten haben unabhängig voneinander sehr deutlich erklärt, dass es keine Einflussnahme durch die Politik auf Steuerentscheidungen gegeben hat. Peter Tschentscher hat als damaliger Finanzsenator nicht an der Behandlung von Steuerfällen mitgewirkt. In besonders bedeutenden Einzelfällen hat er sich über das Verfahren der Verwaltung informieren lassen, so wie es der Senat bereits vor Einsetzung des PUA dargestellt hat. Das haben zudem mehrere Zeug:innen vor dem PUA bestätigt. Ein solches Vorgehen gehört zu den Aufgaben eines Finanzsenators – es ist angemessen und verantwortungsvoll.

Olaf Scholz hat sich vor der Entscheidung im Jahr 2016, die Steuern zunächst nicht zurückzufordern, zwei Mal mit Vertretern der Warburg-Bank getroffen und einmal mit dem Inhaber der Bank, Christian Olearius, telefoniert. Ein drittes Treffen fand im Jahr 2017 statt. Vor dem PUA

hat er ausgesagt, dass er sich an die Einzelheiten der Gespräche nicht erinnere, aber zu solchen Gesprächen eine klare Haltung habe: weder Zusagen zu machen noch überhaupt Einschätzungen abzugeben. Diese Haltung spiegelt sich klar in den öffentlich gewordenen Tagebucheinträgen des Warburg-Inhabers und wurde durch einen Zeugen aus der Wirtschaftsbehörde, der bei einem der Treffen mit den Bankinhabern dabei war, vor dem PUA bestätigt.

Keine strafrechtlichen Ermittlungsverfahren:

Gegen Olaf Scholz und Peter Tschentscher sind – teils als kopierte Internet-Vordrucke gefertigte – Strafanzeigen gestellt worden. Die Staatsanwaltschaft hat geprüft, ob ein sog. Anfangsverdacht vorliegt und Ermittlungsverfahren eingeleitet werden müssen. Schon der Anfangsverdacht wurde verneint, strafrechtliche Ermittlungsverfahren mussten nicht eingeleitet werden. Die Vorprüfungen haben „keine zureichenden Verdachtsmomente für Straftaten“ ergeben. Die Generalstaatsanwaltschaft hat diese Entscheidung überprüft und bestätigt.

Kein plötzlicher Sinneswandel der Steuerverwaltung:

Alle an der Entscheidung über die Frage der Steuerrückforderung beteiligten Personen wollten das Geld zurückholen. Die Rückforderung ist Ende 2016 zunächst unterblieben, weil die Beweislage für das Vorliegen von Cum-Ex-Geschäften damals für nicht ausreichend und damit das Prozessrisiko für zu hoch eingeschätzt wurde (z.B. Schadensersatzforderungen gegen die Stadt Hamburg). Diese Aussagen decken sich mit den internen Vermerken, Berichten und Entscheidungsvorlagen der Finanzbehörde und des Finanzamtes, die mittlerweile auch öffentlich geworden sind. Zudem hat am 4. März 2022 der im entscheidenden Zeitraum 2016/2017 zuständige Staatsanwalt aus Köln, Alexander Fuchs, vor dem PUA ausdrücklich erklärt, dass zum Zeitpunkt seiner Ermittlungstätigkeit noch keine ausreichenden Beweismittel vorgelegen haben, um die Cum-Ex-Geschäfte der Warburg Bank zu belegen. Daher sei er mit der damaligen Entscheidung der Steuerverwaltung „absolut d'accord“ gewesen.

Was bleibt: Cum-Ex ist einer der größten Steuerskandale.

ABER: Es ist kein Skandal der SPD.

*Milan Pein, Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft und des PUA
„Cum Ex“*

(Foto Seite 4: Milan Pein ©)

Erfolgreiche Anträge der SPD Eimsbüttel-Nord

Die Kreisdelegiertenversammlung (KDV) der SPD-Eimsbüttel beschließt mehrere Anträge unseres Distrikts

Als gegen 21.30 Uhr die KDV beendet wurde, hatten die Delegierten einen gut dreistündigen Ritt quer durch die unterschiedlichsten Themen auf lokaler und weltpolitischer Ebene hinter sich. Insgesamt sieben Anträge wurden diskutiert. So wurde unter anderem die Solidarität für die sich für Freiheit und Freiheitsrechte einsetzenden Iraner*innen („Frauenrechte sind Menschenrechte!“) bekundet. Das aktuelle Weltgeschehen, vor allem die aktuelle europäische Wirtschafts- und Energiepreiskrise, prägten aber auch Anträge und Diskussionen zu den Themen Mietpreisstop bei der SAGA, Entlastung von privaten Mieter*innen der SAGA oder Einführung einer Übergewinnsteuer für Unternehmen, die in ihrem jeweiligen Geschäftsgebiet eine (Quasi-)Monopolstellung haben. Aus dem Kreis der SPD Eimsbüttel-Nord wurden insgesamt drei Anträge gestellt – und am Ende auch mit großer Mehrheit der Delegierten beschlossen.

1. Bewohnerparken

Das Bewohnerparken wurde in unserem Distrikt erst vor wenigen Wochen eingeführt, war aber sofort DAS Thema bei den Besucher*innen an unserem Infostand am Marktplatz Grundstraße und bei unserem Stammtisch“, erklärte der Co-Vorsitzende unseres Distrikts, Gabor Frese bei der Vorstellung des Antrages „Bewohnerparken sozialverträglich gestalten“. Dieser richtet sich nicht gegen das Anwohnerparken an sich, sondern soll einige schon nach kürzester Zeit feststellbare Probleme beseitigen. Durch die Annahme dieses Antrages wurden der SPD-Fraktion in der Bezirksversammlung verschiedene Themen zur Prüfung gegeben. So sollen Parkmöglichkeiten für Personen geschaffen werden, die im Parkbereich arbeiten, aber nicht wohnen – und deshalb ihr Fahrzeug nicht mehr abstellen können. In Betracht kommen Personen, die zu Zeiten arbeitsplatzbedingt pendeln müssen, in denen der öffentliche Nahverkehr auch in Hamburg nur stark eingeschränkt nutzbar ist. Denkbar wäre beispielsweise die Ausweitung der Nutzung von Park & Ride-Anlagen oder privaten Parkanlagen (Parkplätze von Supermärkten) für Schichtarbeiter*Innen oder Mitarbeiter*Innen von Restaurants. Zudem sollen für Gewerbetreibende leichter als bislang Ausnahmegenehmigungen erteilt werden. Abschließend sieht der Antrag die Prüfung von flexibleren Regelungen für die Bewohner*innen im Grenzgebiet der jeweiligen Parkzone vor.

2. Entlastung für Alleinerziehende

Der Antrag „Alleinerziehende entlasten: Kindergeld nur halb auf den Unterhaltsvorschuss anrechnen“ richtet sich an die Bundes-SPD. Im Hinblick auf die enormen Preissteigerungen dieser Tage soll hierdurch eine wirtschaftliche Entlastung für Alleinerziehende geschaffen werden, indem zukünftig der halbe Kindergeldbetrag auf Zahlungen der Unterhaltsvorschusskasse angerechnet wird. Bislang wird das Kindergeld in voller Höhe angerechnet und der Unterhaltsvorschuss um den vollen Kindergeldbetrag gekürzt.

Zahlt ein Elternteil keinen Kindesunterhalt, können von dem alleinerziehenden Elternteil Zahlungen bei der Unterhaltsvorschusskasse beantragt werden. Bei der Berechnung der Höhe des Unterhalts wird das Kindergeld bislang in voller Höhe angerechnet, so dass im Ergebnis Alleinerziehende in wirtschaftlicher Hinsicht so gestellt werden, als würden sie kein Kindergeld beziehen. Dieses unterscheidet sie von Alleinerziehenden, bei denen der getrennt lebende Elternteil Unterhalt zahlt. Denn hier sieht der Gesetzgeber vor, dass lediglich der halbe Kindergeldbetrag auf die Unterhaltszahlung angerechnet wird. In der ersten Konstellation beziehen Alleinerziehende bei wirtschaftlicher Betrachtung im Ergebnis lediglich den Unterhaltsvorschuss vom Staat, in der zweiten Konstellation erhalten Alleinerziehende Unterhalt sowie den halben Kindergeldbetrag. Die KDV hat einstimmig beschlossen, dass sich die Bundes-SPD für die Beseitigung dieser Ungleichbehandlung einsetzen soll.

3. Beleuchtung von Fußwegen

Zudem wurde der Antrag der AG 60+ „Beleuchtung der Fußwege“ einstimmig beschlossen. Danach soll sich die SPD-Fraktion der Bezirksversammlung für eine bessere Beleuchtung der Fußwege in Eimsbüttel einsetzen.

Ralf Bednarek

Anzeige

Kennen Sie schon unseren AWO-Aktivtreff?



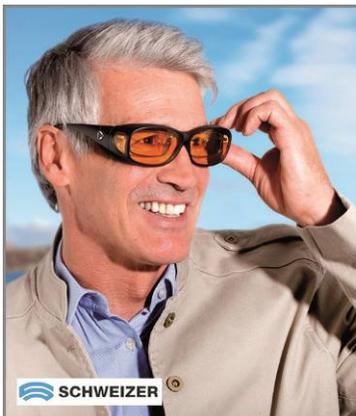
Aktivtreff Stellingen

Jugendstraße 11, 22527 Hamburg

Tel: 040 5407101, mobil 0151 23064611

Ansprechpartnerin: Annegret Ptach





OPTIKDANIEL

hingucken ... reinschauen ... durchblicken

Spezialbrillen bei Altersbedingter Makuladegeneration (AMD)

Wir sind spezialisiert auf Menschen mit altersbedingten Sehbeeinträchtigungen und nehmen uns gerne Zeit für Sie.

Jetzt Termin vereinbaren! Tel. 040 - 40 87 01

Osterstraße 136 | 20255 Hamburg-Eimsbüttel

team-**inso**

Ralf Bednarek

Fachanwalt für Strafrecht

Fachanwalt für Insolvenzrecht

Telefon: 040 / 360 980 60

www.team-inso.de

SPD Eimsbüttel-Nord (c/o SPD Eimsbüttel, Helene-Lange-Str. 1, 20144 HH)

Vorsitzende:	Agata Klaus und Gabor Frese	Tel. 0170/4904824 Tel. 0178/9101428
Stellvertretender Vorsitzender:	Ralf Meiburg	Tel. 0160/96618075
Blickpunkt:	Dirk Schlanbusch	Tel. 0176/35445342
Bezirksversammlung:	Ralf Meiburg	Tel. 0160/96618075
Kerngebietsausschuss:	Hannelore Köster und Ralf Meiburg	Tel. 0176/49547834

Internet: www.spd-eimsbuettel-nord.de
E-Mail: kontakt@spd-eimsbuettel-nord.de

Bankkonto SPD Eimsbüttel-Nord:
IBAN: DE38500333001244008900, BIC: SCFBDE33XXX, Santanderbank